türkei infodienst

Nr. 27 5.4.1982 DM 1-,

Wirtschaft

Cumhuriyet vom 22.3.82

Der Export der Türkei in die 3. Welt stieg um 185 %

... Bis vor einigen Jahren verfolgte die Türkei eine nach außen verschlossene Handelspolitik. Sie gab dem Aussenhandel keine Bedeutung und bemühte sich im Allgemeinen nur einige Produkte an bestimmte Länder zu verkaufen. Diese Länder waren die EG- und die OECD-Länder. Das bedeutet, der Außenhandel der Türkei richtete sich fast ausschließlich nach dem Westen. In den letzten Jahren maß die Türkei dem Außenhandel, speziell dem Export große Bedeutung bei. Die Handelsbeziehungen führten zu einer notwendigen und schnellen Veränderung. Die Länder der 3. Welt begannen den Platz des Westens einzunehmen. Diese Entwicklung sieht man auch bei einer Betrachtung der Zahlen aus den letzten zwei Jahren. Während der Export der Türkei in die OECD-Länder nur um 35 % stieg, erhöhte sich der Verkauf in die Staaten der 3. Welt um 185 %. Der Anteil der OECD-Länder ging gleichzeitig von 58 % auf 48 % zurück. Dahingegen erhöhte sich der Exportanteil der Länder der 3. Welt von 25,4 % auf 45 %. Der Anteil des sozialistischen Blockes fiel bedeutend von 17 % auf 7 %.

Verteilung des Exports nach Ländergruppen:

1980

	Wert /Mio. Dollar	Anteil in %
OEDC	1.679,7	57,7
Ostblock	490,5	16,9
3. Welt	739,9	25,4
Summe	2.910,1	100,0

1981

Wert/Mio. Dollar	Anteil in %
2.263,7	48,1
326,9	7,0
2.113,3	44,9
4.702,9	100,0

Rapor vom 23.3.82

Das Gesamtnettoeinkommen unserer Arbeiter im Ausland: 10 Milliarden Dollar

In einer Untersuchung der Industrie- und Handelskammer Izmir mit dem Titel "Das Arbeiterdevisenpotential der Türkei" wird mitgeteilt, daß das Gesamtnettoeinkommen der im Ausland befindlichen 1,087 Mio. Arbeiter 10 Milliarden und 668,225 Mio. Dollar beträgt. Die IHI stellte in dem Bericht fest, daß dieser Betrag das Budget der Türkei übersteige. Das Einkommen der Arbeiter im Bereich der EG und der westlichen Länder beträgt insgesamt 9 Mill. und 768.225 Mio. Dollar. Ein Anteil von 5 Mill. und 860,935 Mio. Dollar wird für Verbrauchsausgaben verwendet. Die restlichen 3 Mill. und 907,290 Mio. Dollar sparen die Arbeiter. Die Hälfte der Ersparnisse (1 Mill. und 953.645 Mio. Dollar) schickten sie in die Heimat. Die in den Ländern des mittleren Ostens Beschäftigten verdienten insgesamt 900 Mio. Dollar. Sie schickten den vollständigen Betrag in die Heimat.

Rapor vom 24.3.82

Özals Reise nach Syrien endete erfolgreich

Die dreitägigen offiziellen Gespräche zwischen der Türkei und Syrien gingen zuende. Es wurden fünf Abkommen unterzeichnet im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit, im Verkehr, in der Telekommunikation und der gemischten Wirtschaftskommission.

Das Verkehrsabkommen bringt mit sich, daß türkische Lastwagen ohne Erlaubnis über Syrien in die Länder des mittleren Ostens fahren dürfen. Syrischen Lastwagen bis zu 42 Tonnen Gewicht wurde der Transit durch die Türkei gestattet.

Auch Autobusreisen werden durch diese Abkommen zwischen den beiden Ländern ermöglicht.

Das Abkommen zur Telekommunikation sieht die Einrichtung von Telex und Telegrammverbindungen zwischen der Türkei und Syrien vor.

Die gemischte Wirtschaftskommission wird für eine gesunde und geregelte Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern arbeiten. Das Handelsabkommen legt die Waren fest, die zwischen den beiden Staaten ausgetauscht werden sollen. Die entgültigen Beträge wurden noch nicht festgelegt.

Rapor vom 24.3.82

In 2 Jahren stiegen die Preise für Getreide am stärksten, die Preise für Baumaterialien am geringsten

In der Zeit von Februar 80 bis Februar 82 stiegen die Preise für Getreide um 163,7 %, während die Preise für Baumaterialien in derselben Zeit nur um 37,1 % stiegen. Industrie- und Rohöle wurden um 140,1 % teurer, Hülsenfrüchte stiegen um 114,6 %. Nahrungsmittel zeigten einen Preiszuwachs von 93,6 %. Die pflanzlichen Nahrungsmittel wurden um 131,2 % teurer.

Tercüman vom 25.3.82

Der Dollar, der am 24. Januar 1980 70 Lira betrug, ging hoch auf 149 Lira

Seit dem 24.1.80 hat die türkische Lira gegenüber dem Dollar annähernd 100 % an Wert verloren. Auch bei den anderen Devisen zeigten sich Anstiege bedeutenden Ausmaßes:

	1980	1982
Kuwait. Dinar	257,49	523,85
Engl. Pfund	159,50	269,18
Saud. Rial	20,83	43,66
Kanad. Dollar	60,43	122,30
Austral. Dollar	77,73	157,60

Rapor vom 25.3.82

Die Türkei muß den Export um das 2-3fache erhöhen

Der Vorsitzende der Handelsbörse von Istanbul, Hasan Güven, verteidigte seine Ansicht, daß es nicht möglich ist, einen Export in Höhe von 4,5 Mill. Dollar oder das angestrebte Ziel von 5 Mill. Dollar als ausreichend zu betrachten. Er zeigte auf, daß es notwendig sei, einen Zugang von Devisen in Höhe von 12 Mill. Dollar zu gewährleisten, um den Auslandskapitaltransfer, und den Import in einer geordneten Form zu betreiben und um eine ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung fortzusetzen.

Rapor vom 26.3.82

Zwischen der Türkei und der UDSSR wurde das 23. Handelsprotokoll ratifiziert

Das Protokoll, das bis zum 31. Dezember 1982 in Kraft bleibt, sieht vor, daß die UdSSR in die Türkei Waren in Höhe von 65 Mio. Dollar exportiert, während die Türkei in die UdSSR Waren im Werte von 37,6 Mio. Dollar ausführen wird. In die UdSSR werden Rohstoffe, landwirtschaftliche Produkte, Textilerzeugnisse und Leder exportiert.

Cumhuriyet vom 29.3.82

Taris wendet die Paragraphen des Tarifabkommens nicht an

Es wurde in Erfahrung gebracht, daß die Paragraphen des Tarifabkommens auf die ca. 1000 Arbeiter bei den Taris-Weintrauben-Betrieben nicht angewandt werden, da Taris keinen Betriebskredit erhalten kann. Die dort beschäftigten Arbeiter können sowohl ihren Lohn nicht rechtzeitig bekommen als auch die durch das Tarifabkommen festgelegten Erhöhungen.

Hürriyet vom 27.3.82

Özal: "Der Mindestlohn wird mit Absicht auf die Tagesordnung gebracht".

"Weil der Mindestlohn mit den Prämien verbunden ist, wird er absichtlich auf die Tagesordnung gebracht. Soweit ich weiß, berührt der Mindestlohn 98 % der Arbeiter nicht. Sie erhalten im allgemeinen einen höheren Monatslohn als den Mindestbetrag. Besonders im öffentlichen Sektor liegt er viel darüber. In den öffentlichen Betrieben liegt der Lohn vielleicht mehr als doppelt so hoch wie der Mindestlohn."

Zum Thema der Arbeitslosigkeit sagte Özal, daß eine Wachstumsgeschwindigkeit von 7 % notwendig sei, um die Arbeitslosigkeit bremsen zu können.

"Aber hieran muß man Stufe für Stufe bis 1984 denken. Die Arbeitslosigkeit ist für die Türkei kein neues Problem. Bei diesem Bevölkerungszuwachs ist eine Lösung der Arbeitslosigkeit unmöglich".

Hürriyet vom 12.3.82

Özal kehrte in die Heimat zurück

Der Staatsminister und stellv. Ministerpräsident Turgut Özal kehrte von seiner 5-tägigen Reise in die Heimat zurück. Özal gab bekannt, daß als Ergebnis seiner Begegnungen im Iran verschiedene Abkommen im Bereich des Handels, der Industrie, der technischen Zusammenarbeit und des Bankenwesens unterzeichnet worden seien. Er sagte:"Wir haben für ein Jahr einen Abschluß über 4 Millionen Tonnen Rohöl gemacht. Außerdem hat sich ein Export in Höhe von 600 Mio. Dollar verwirklicht. Ich schätze, daß diese Zahl sich nach Abschluß einiger Formalitäten im Bereich von 1 Milliarde Dollar bewegen wird." Özal sagte weiter, daß an den Iran Nahrungsmittel wie Weizen, Zucker, Rindfleisch, Käse und Margarine sowie Eisen-und Stahlprodukte und Waren wie Rohre verkauft würden.

Tercüman vom 9.3.82

Özbek: Eine Lohnerhöhung von 25% kann man nicht akzeptieren

Der Vorsitzende der Türkischen Metallgewerkschaft und Mitglied des Vorstandes der Türk-Is, Mustafa Özbek, sagte:" Die das Arbeitsleben betreffenden Gesetze dürfen nicht hinter verschlossenen Türen, sondern müssen in einem zu schaffendem Arbeitsparlament in einer für die Öffentlichkeit offenen Weise vorbereitet werden." Özbek stellte fest, daß sie nicht daran glaubten, daß die Obere Schiedsstelle gerecht arbeite und sagte weiter folgendes: " Das Erstellen von unterschiedlichen Tarifverträgen sorgt unter den Arbeitern für Besorgnis. Als Türk-Is und an sie gebundene Gewerkschaften meinen wir, daß man eine Lohnerhöhung von 25% nicht akzeptieren kann."

Tercüman vom 8.3.82

"Wenn es nötig ist, muß die Obere Schiedsstelle sich zurückziehen"

Der Schulungssekretär von Türk-Is, Kaya Özdemir, sagte: " Wenn auch nicht vollständig, so soll die Obere Schiedsstelle sich in solchen Angelegenheiten zurückziehen, bei denen man sich nicht einigen kann. Arbeiter und Arbeitgeber lösen die Probleme. Denn auch die Arbeitgeber akzeptieren die Tatsache, daß die Löhne niedrig sind." In Bezug auf die Beschlüsse vom 24.Januar 1980 betonte Özdemir: " Diese Maßnahmen, die im Inneren den Handel einschränken und den Export anheizen, sind auf Grund der Unkontrolliertheit des Marktes der Grund für die" Özdemir stellte fest, daß die Leute mit niedrigen Einkommen große Existenzschwierigkeiten haben und fuhr fort: " Die Tatsache, daß die Festsetzung des Mindestlohnes unzureichend ist, wurde auch von Ministerpräsident Ulusu noch vor Ablauf eines Jahres auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben. Die Praktiken der Oberen Schiedsstelle sind offensichtlich. Selbst die Industrie-und Handelskammer der Ägäis gab bekannt, daß die wirtschaftliche Situation der Arbeitenden zerstört ist und sie den ihnen zustehenden Lohn nicht erhalten können."

Cumhuriyet vom 7.3.82

Mit dem Tarifvertrag wurde das Brüllen und das Singen von Liedern verboten

Im Tarifvertrag den die Obere Schiedsstelle für die Gewerkschaft der im Gesundheitswesen Arbeitenden festlegte, wurde auch verankert, in welchen Fällen das Personal bestraft würde. Das Brüllen und das Singen von Liedern am Arbeitsplatz wurde verboten. Es wurden Strafen vorgesehen, die vom Abzug eines Tageslohnes bis zur Versetzung an einen anderen Arbeitsplatz reichen. Auch folgenden Verhaltensweisen werden hiernach bestraft: pro Monat insgesamt 45 Minuten unentschuldigt zur Arbeit kommen, bei Arbeitsbeginn schlafen, die Freunde in unnötiger Weise beschäftigen, separatistisches Verhalten zeigen, Geschenke annehmen. Zu den schwersten Tatbeständen

zählt das gemeinsame Verlangsamen der Arbeit mit einem bestimmtem Ziel.

Hürriyet vom 7.3.82
Die Neufestlegung des Mindestlohnes wurde gefordert

Zwecks Neufestlegung der Mindestlöhne forderte man das schnelle Zusammentreten der Kommission für Mindestlohn. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Celik-Is, Sükrü Korkmaz, sagte: " Man stellte fest, daß im Jahre 1960 ein Arbeiter mit Mindestlohn für ein Brot 44 Minuten arbeiten mußte. Für das gleiche Geld muß er heute 73 Minuten arbeiten. Weiter sagte Korkmaz, daß nach den heutigen Bedingungen der Mindestlohn von 10.000 Lira seine Gültigkeit verloren habe.

BRD

Hürriyet vom 21.3.82
" In der Türkei gibt es keine Unterdrückung, Asylanten sind nicht notwendig"

(Auszüge aus einem Interview von Hürriyet mit Lieselotte Funcke, Anmerk. tid)

Frage: Es wurde bekanntgegeben, daß das Ausländergesetz sich verändern wird. Wie wird diese Veränderung aussehen? In welcher Weise wird es die türkischen Arbeiter betreffen?
Antwort: Das Ausländergesetz in unserem Land stammt noch aus dem 2. Weltkrieg. Es ist nicht der heutigen Lage entsprechend vorbereitet worden. Deshalb wurde daran gedacht, es zu verändern. Unser Innenministerium trifft zu diesem Thema Vorbereitungen. Um die Rechte der Ausländer zu sichern, die schon seit langen Jahren in Deutschland sind, werden neue Verordnungen gemacht werden. Die Vorbereitungen dauern an.
F: Wie kann man die Grundzüge der Ausländerpolitik, die für heute gut befunden wird, zusammenfassen? Welche Empfehlungen können sie in diesem Rahmen den türkischen Arbeitern machen?
A: Bis jetzt gibt es keine endgültige Ausländerpolitik. Es wurden nur Maßnahmen getroffen, damit die Zahl von derzeit 4 Mio. 650 Tausend Ausländern nicht weiter zunimmt. Es wird ein Gesetz vorbereitet, um den rechtlichen Status der in Deutschland Lebenden zu sichern.
F: Mit der Begründung "die politischen Asylanträge steigen" wurde das Visum auferlegt. Das Asyl ist ein politischer Vorgang. Gibt es zwischen dem Visum und dem Asylrecht ihrer Meinung nach eine Verbindung? Verhindert das Visum die Asylanträge Wie hat ihrer Meinung nach das Visum die türkisch-deutschen Beziehungen beeinflußt? Vertreten Sie die Aufhebung?
A: Im Jahre 1980 gab es 107.000 Flüchtlinge und mehr als die Hälfte davon waren Türken. Bei Einführung des Visumzwanges fiel diese Zahl um die Hälfte. In demselben Jahr ging die Zahl der Asylanträge aus der Türkei auf 6.000 zurück. Im Jahre 1981 stellten die Polen die meisten Asylanträge. In der Türkei gibt es eine "rechtmässige Lage". Wir haben keine politische Unterdrückung gesehen. Das System in der Türkei hat keine Ähnlichkeit mit Afganistan. Aus diesem Grunde gibt es keine Notwendigkeit sich an unser Land mit der Bitte um Asyl zu wenden. Diejenigen, die Asyl beantragen, müssen 2 Jahre warten um eine Arbeitserlaubnis zu bekommen. In diesen 2 Jahren sind sie gezwungen, mit dem Geld auszukommen, das sie von der Regierung bekommen.
...

Tercüman vom 23.3.82
Ausländer und Asylanten, die mit politischen Ereignissen zu tun haben, werden ausgewiesen

Berlin wird Asylanten, die mit politischen Ereignissen im Zusammenhang stehen ausweisen. Nach Meinung Lummers müssen solche Ausländer Deutschland verlassen, deren Name im Zusammenhang mit politischen Ereignissen steht, um die Ausländerfeindlichkeit zu verhindern. Sonst könne die Geschichtliche Freundschaft (Beispiel zwischen Türken und Deutschen) zerstört werden. Der Berliner Innensenator gab bekannt, daß der Beschluß in den nächsten 2-3 Wochen zur Anwendung gelangen werde.

Tercüman vom 24.3.82
Von 100 Türken haben 54 Angst ihren Arbeitsplatz zu verlieren

Nach Angeben eines Meinungsforschungsinstitutes aus Nürnberg sind unter den Ausländern die Türken am meisten besorgt um ihren Arbeitsplatz. Bei einer Umfrage unter 1700 Ausländern sagten 62% der Spanier, 58% der Jugoslawen, 57% der Italiener und 54% der Griechen, daß sie keine Angst um ihren Arbeitsplatz hätten. Bei den Türken lag diese Zahl nur bei 46%, d.h. 54% der Türken Angst davor haben, ihren Arbeitsplatz jederzeit zu verlieren.

Hürriyet vom 25.3.82
In Stuttgart wurde eine ausländerfeindliche Organisation ermittelt

Von der Staatsanwaltschaft in Stuttgart wurde eine Organisation mit den Namen "Albert Leo Schlageter" ermittelt, die in Baden-Würthemberg großen Firmen Drohbriefe schickte und die sofortige Entlassung von ausländischen Arbeitern forderte. Die Organisation schickte Briefe an 35 Baufirmen und 3 Brauereien. Sie forderte die sofortige Entlassung von ausländischen Arbeitern. Für den Fall, daß dies nicht getan werde, drohte man mit Bomben. Gleichzeitig forderte die Organisation von den Firmen Beträge zwischen 50.000 und 100.000 DM.

Hürriyet vom 27.3.82
75% des Arbeitslosengeldes

Bei einem Treffen der Ministerpräsidenten der Länder wurde von 6 CDU geführten Bundesländern ein Gesetzesvorschlag zur Rückkehr von Ausländern vorgebracht. Den von Baden-Würthemberg, Bayern, Berlin, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Schleswig-Holstein unterstützten Vorschlag trug Minister Lothar Späth vor.
a) das Nachkommen von Kindern unter 16 Jahren wird an den Erhalt einer Aufenthaltserlaubnis gebunden
b) dem arbeitslosen Ausländer, der in seine Heimat zurückkehren will, werden 75% des Arbeitslosengeldes eines Jahres bar ausgezahlt
c) die Wartezeit von 2 Jahren bei der Rückzahlung der Beträge zur Rentenversicherung wird aufgehoben.

Tercüman vom 27.3.82
"Die großen Parteien heizen die Ausländerfeindlichkeit an"

Die Judos in Hessen kritisierten zum Thema der wachsenden Ausländerfeindlichkeit die großen Parteien. Der Vorsitzende der Judos, Götz Kaschubowski, zeigte auf, daß die Parteien die Ausländerfeindlichkeit für ihre politischen Ziele mißbrauchen würden. Er warnte die SPD, CDU und FDP und sagte, daß dies eine gefährliche Entwicklung sei.

Hürriyet vom 28.3.82
"Arbeitlose Türken müssen gehen"

(Interview der Bild-Zeitung mit dem Vorsitzenden der CSU-Fraktion, Friedrich Zimmermann, tid)

Bild: Was denken Sie über die sich in Deutschland von Tag zu Tag entwickelnde Ausländerfeindlichkeit?
Zimmermann: Unsere Landsleute haben Angst vor der Überfremdung. Und dies zu Recht. Die Besorgnis, die die Deutschen empfinden, muß verhindert werden. Deshalb muß zuerst der Strom von Flüchtlingen aufgehalten werden. 90% derjenigen, die sich mit der Bitte um Asyl an Deutschland wenden, sind keine politischen Täter. Sie sind nur Wirtschaftsflüchtlinge. Flüchtlingslager an der Grenze könnten eine Möglichkeit sein, um diese abzuschrecken.
Bild: Was denken Sie über die ausländischen Arbeiter und ihre Familien?
Zimmermann: Das Ziel unserer Ausländerpolitik kann nicht sein, Deutschland mit Ausländern anzufüllen. Die Ausländer, speziell die islamischen Arbeiter aus der Türkei, schaffen uns eine Gesellschaft, die falsch über uns denkt. Deshalb schlage ich folgende Maßnahmen vor:
1. Die Familienzusammenführung muß im Land des ausländischen Arbeiters stattfinden.
2. Die Arbeitserlaubnis muß an die Bedingung des Arbeitsplatzes gebunden werden.
3. Den freiwillig in die Heimat zurückkehrenden Ausländern sollen die Prämien der Rentenversicherung ausgezahlt werden.

Hürriyet vom 18.3.82
Das Geld für die Rückkehr wird jedes arbeitende Familienmitglied erhalten

Auf einem Seminar in Bursa sprach die Bundesbeauftragte für Ausländerfragen, Liselotte Funcke, zum Thema der endgültigen Rückkehr von türkischen Arbeitern und über ihre allgemeinen Probleme. In einem Interview mit der Hürriyet sagte sie: "Für die Ausländer, die in unserem Land arbeiten und deren Zahl stetig steigt, müssen Maßnahmen unternommen werden. Den Arbeitern, die endgültig in ihre Heimat zurückkehren, wollen wir mit Geld helfen. Den endgültigen Betrag kann ich jetzt nicht sagen. Ich schätze, daß dieser Betrag im Bereich von 50.000 DM liegen wird. Wir sehen dieses Geld vor, damit die Länder der ausländischen Arbeiter und sie selbst nicht in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Wir wollen, daß sie mit diesem Geld eine Firma eröffnen und investieren. So leisten sie einen Beitrag zur Wirtschaft ihrer Heimatländer und werden nicht benachteiligt.... Die Rückkehr derjenigen, die schon lange in unserem Land wohnen, ist kein Thema. Die Ausländer werden zu keiner Zeit massenweise zurückgeschickt werden. Es wird ein Gesetz herauskommen und es wird dafür gesorgt, daß die jenigen, die sich schon seit langen Jahren in unserem Land aufhalten, sich wohler fühlen. Wir fragen diejenigen, die in unserem Land bleiben wollen, wir sagen, wollt ihr zurückkehren. Wir erhalten die Antwort, daß ja. Nun denken wir daran, was wir tun können, daß diese Leute oder ihre Familien bei ihrer Rückkehr in die Türkei keinen Schwierigkeiten begegnen. Wir wünschen, daß diese Familien sich bei der Rückkehr in ihre Heimatländer sofort eingliedern und nicht in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Sie sollen auch nicht ihre Wirtschaft belasten. Wir werten die Rückkehr von diesem Standpunkt aus. Wir denken darüber nach, welche Erleichterungen wir ermöglichen können. Jedoch will ich auch folgendes feststellen. Wegen der starken und schnellen Migration stieg die Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Neukommenden darf nicht mehr steigen. Deshalb wurden die Anfragen gestoppt. Wenn die Geschwindigkeit des Neuzuzuges so schnell weitergeht, können wir die Integration nicht durchführen. Auch wenn es Zurückschicken nicht gibt, so wollen wir nicht, daß die Neugekommenen ihre Familien nachholen. ...

Hürriyet vom 17.3.82
"Wir müssen das Ausländerproblem lösen"
Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, Günther Schröder, antwortete auf die Fragen der Bild-Zeitung folgendermaßen:
Bild: Das Volk und die Politiker beklagen sich über die große Zahl von Ausländern in unserem Land. Was sagen Sie ?
Schröder: Es gibt kein Ausländerproblem. Es gibt nur ein Türkenproblem. Wenn wir nicht wollen, daß es eines Tages zu Auseinandersetzungen zwischen Türken und Deutschen auf der Straße kommt, so sind wir gezwungen, für dieses Problem eine Lösung zu finden.
Bild: Was unterscheidet die Türken von den anderen Ausländern ?
Schröder: Die Türken kommen aus einem fremden Kulturkreis. Sie isolieren sich selbst und weigern sich, mit den Deutschen in Kontakt zu kommen. Sie ziehen es vor, in den Ghettos, die sie selbst geschaffen haben, zu leben. Viele wollen nicht Deutsch lernen. Ihre Kinder schicken sie in Koranschulen.
Bild: Was muß getan werden ?
Schröder: Man muß die Aufenthaltserlaubnis derjenigen beschränken, die abweichend von uns, ohne sich anzupassen lebend, so denken, daß sie Geld verdienen wollen und in der Zukunft in ihre Heimat zurückkehren. Die Aufenthaltserlaubnis, die man den Familienmitgliedern gibt, die zu ihrer Familie ziehen wollen, muß vorübergehend sein. Am Ende der Frist müssen sie in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden.
Bild: Die Bundestagsbeauftragte für Ausländerfragen Frau Funcke schlägt die Prämienrückzahlung vor ?
Schröder: Ein solches Verfahren zerstört unser soziales Netz. Es zieht unsere sozialen Verbände in die Pleite. Es kann nicht geduldet werden, daß die Arbeitgeber und andere Betriebe die den ausländischen Arbeitern mit hohen Löhnen zum Leben verholfen haben, noch stärkere Ausgaben haben.

Hürriyet vom 14.3.82
Brandt rief das Volk zum guten Verständnis mit den Ausländern auf
Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt kritisierte in einer Wahlkampfrede seiner Partei in Hannover die Militärregierungen in der ganzen Welt. Im Zusammenhang damit brachte er hervor, daß er die Anstrengungen der türkischen Militärregierung, die Menschenrechte zu schützen, positiv finde. Gemessen an den Militärregierungen in Chile, Argentinien und Polen stellte er fest, daß die Aktivitäten der Führung in der Türkei von einer Art seien, die man bestätigen werde.

Der SPD-Vorsitzende ging auch auf die Lage der in der BRD arbeitenden ausländischen Arbeiter ein und sagte daß es notwendig sei, für sie Verständnis zu zeigen und ihnen zu helfen....

Tercüman vom 14.3.82
Das Alter für die Einreise von ausländischen Kindern nach Deutschland wurde auf 6 herabgesetzt
Es wurde bekanntgegeben, daß aus Gründen der wachsenden Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Krise die Altersgrenze für Kinder ausländischer Arbeiter, die nach Deutschland kommen wollen, auf 6 Jahre heruntergesetzt wurde.
Man teilte mit , daß auch Innensenator Baum und Arbeits- und Sozialminister Ehrenberg hiermit einverstanden seien. ...

Tercüman vom 14.3.82
Von den im Jahre 1981 in Deutschland gestellten Asylanträgen wurde kein einziger anerkannt
In der gestrigen Sitzung des Bundestages sprach man über die geplanten Änderungen des Asylrechts. Der Vorschlag des Bundesrates lautet, daß die Anträge der Leute ohne Bearbeitung abgewiesen werden sollen, die offensichtlich das Asylrecht ausnutzen. Die BRD hingegen möchte keine so enge Auslegung des Asylrechts.
Nach einer Verlautbarung des Bundesverwaltungsgerichtes wurde von 8.600 bearbeiteten Anträgen aus dem Jahre 1981 kein einziger anerkannt. Der Vorsitzende des BVG Horst Sendler teilte mit, daß die Bearbeitung eines Antrages 3 - 5 Jahre dauere und man, wenn es so weiterginge, mit dieser Arbeit nicht fertig werde.
Zurückgewiesen wurde im Laufe der Debatte auch der Vorschlag, nur einen Einzelrichter über den Antrag entscheiden zu lassen.

Tercüman vom 13.3.82
Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg machte den Vorschlag, den Ausländern, die entgültig zurückkehren werden, 21.600 DM zu geben
In dem Gesetzentwurf von Späth zur Anregung der Rückkehr wird das Schwergewicht auf finanzielle Maßnahmen gelegt. Es ist vorgesehen, einem Arbeitslosen, der seit 1974 in Deutschland arbeitet, das Arbeitslosengeld für 6 Monate (= 5.600 DM) und die Beiträge aus der Rentenversicherung (= 16.000 DM) zu zahlen.

Tercüman vom 13.3.82
Auch Deutsche beschweren sich über den Berliner Innensenator, den Architekten des "Schwarzen Freitags"-Beschlusses
In Berlin wurde bekannt, daß der Innensenator Lummer, der gegen die Türken harte Maßnahmen ergriff, "seit langen Jahren mit den Nazis brieflich verkehrt habe und Sympathisant der Nazis sei". Der Vorsitzende der SPD in Berlin, Hans Jochen Vogel und die Alternative Liste erklärten daraufhin, daß sie gegen Lummer ein Mißtrauensvotum einlegen würden. Der Sprecher der Alternativen Liste sagte dazu: "Die Ausländerfeindlichkeit Lummers wächst von Tag zu Tag. Lummer ist für die deutsche Demokratie und die Sicherheit des Volkes eine Gefahr. Dies ist eine gefährliche Entwicklung". ...

Tercüman vom 12.3.82
In Frankfurt wurde ein Zentrum zur 'Sicherheit der Zukunft der Türken' gegründet
Die Organisation, deren Name "Internationales Zentrum für Migration und Entwicklung" ist, wird den Türken, die zurückkehren, sowohl finanzielle Hilfe bei der Eröffnung einer Arbeitstätte leisten, als auch Wege aufzeigen. Die Hilfeorganisation wird ihr Programm im Mai vorstellen. Die CIM teilte mit, daß sie sowohl mit der BRD ala auch mit den Industrie- und Handelskammern zusammenarbeiten werde. An verschiedenen Orten wird sie Beratungsbüros eröffnen.

Hürriyet vom 12.3.82
Ausländische Schüler beginnen in die Schulen zu strömen
Nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Herabsetzung der Altersgrenze für ausländische Kinder, die nach Deutschland kommen wollen auf 6 Jahre, hat es bei der Migration von Kindern einen einen Zuwachs gegeben. Dies führte in einigen Grundschulen zu einem Anteil von ausländischen Schülern in Höhe von 95 %. Es wurde mitgeteilt, daß aus diesem Grunde an den Schulen der normale Unterricht nicht mehr aufrecht erhalten werden könne. Die Direktion der Frankfurter Karmeliterschule forderte eine erneute Änderung des Ausländergesetzes.

Hürriyet vom 11.3.82
Auch Bochum wird Asylanten beschäftigen
Nach einer Verlautbarung des Verwaltunsrates der Stadtverwaltung Bochum werden wie auch in Berlin Asylanten bei verschiedenen Arbeiten eingesetzt werden. Nach einer Presseerklärung haben die Asylanten in der Stadt im letzten Jahr Kosten von 2,2 Mio. DM verursacht. Die Mitglieder des Stadtrates gaben bekannt, daß sie diese Last nicht noch höher ansteigen lassen könnten und deshalb daran gedacht werde, die Asylanten zunächst in Baumschulen zu beschäftigen.

Hürriyet vom 11.3.82
Türkischer Asylant versuchte, Selbstmord zu begehen
Der Asylant war vor einem Jahr nach Coburg gekommen. Er versuchte sich vom Gebäude der Stadtverwaltung zu stürzen. Die Feuerwehr kam jedoch rechtzeitig zum Ort des Geschehens und der Asylant konnte so gerettet werden. Nach Angaben von Bekannten litt er seit langer Zeit an Nervenkrisen.

Hürriyet vom 9.3.82
An den Schulen wurde die "Ausländerstopp"-Kampagne verboten
Der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Jürgen Girgensohn sagte hierzu auf einer Pressekonferenz: "Es ist verboten, Anstecker, Plakate und andere Materialien im Zusammenhang mit der von der NPD begonnenen Kampagne "Ausländerstopp" an die Schulen zu bringen. Die Lehrer sind gezwungen, sich an diese Verbote zu halten. An den Schulen und in den Klassen darf niemand zum Nachteil der Ausländer reden. Unterschriften dürfen nicht gesammelt werden."

Demokratisierung

Cumhuriyet vom 23.3.82
Der Vorsitzende des Verfassungsgebenden Rates: " Im Mai fangen wir mit der Festsetzung von Prinzipien an"
Der Vorsitzende des Verfassungsgebenden Rates, Prof. Orhan Aldikacti gab bekannt, daß im Mai mit der Festsetzung von Prinzipien der neuen Verfassung angefangen wird. Auf eine Frage antwortete O. Aldikacti, daß der Vorwurf, "er habe auch die Verfassung von Zypern vorbereitet", falsch sei. Er fuhr folgendermaßen fort: "Nachdem die Prinzipien festgelegt werden, bleibt

nichts anderes übrig. Im Sommer wird unser Rat keinen Urlaub machen". (...)

Milliyet vom 30.3.82

Dem Gesetz über die Auflösung von Volkshäusern wurde zugestimmt

Dem Gesetz über die Auflösung von überregionalen Volkshäusern wurde im Beratungsrat zugestimmt. Dies wurde damit begründet, "die Volkshäuser seien in ideologische Organisationen verwickelt worden." Das gesamte Gut des Vereines wird dem Ausbildungsministerium übergeben.

Tercüman vom 21.3.82

Die Nachtsperre in fünf Provinzen wird am 1. April aufgehoben

Die Kriegsrechtskommandantur in der Ägäisregion gab die Aufhebung der Nachtsperre in 5 Provinzen am 1. April bekannt. Dagegen werde in der Provinz Usak die Ausgangssperre um eine Stunde verlängert.

Internationale Beziehungen

Tercüman vom 19.3.82

Die USA schalteten sich für einen türkisch-griechischen Dialog ein

Es wurde in Erfahrung gebracht, daß sich die USA für die Wiederaufnahme des Dialoges zwischen der Türkei und Griechenland, der seit der Machtübernahme Papandreus abgeblockt war, eingeschaltet haben.
Wie wir von gut unterrichteten Quellen erfuhren, veranlaßte die agressive Haltung des griechischen Ministerpräsidenten gegenüber der Türkei und in der NATO die Reagan-Regierung, eine Initiative zu starten, die in erster Linie die weitere Verschärfung der Beziehungen verhindern soll.

Die gefährliche Entwicklung der agressiven Politik Papandreus in den letzten Monaten gegenüber der Türkei vergrößerte die Besorgnisse in Washington.
Nachdem Griechenland Anfang Februar im Osten der Tasoz-Insel auf den umstrittenen Seewassern mit der Erdölsuche anfing und daraufhin die Türkei auch die Erdölsuche beschloß, schickte das US-Außenministerium vorige Woche an die griechischen und türkischen Außenministerien zwei Briefe gleichen Inhaltes.
(...) Nach den gut unterrichteten Qullen werden in den beiden Briefen die Sorgen Washingtons wegen der immer mehr spannenden Beziehungen zwischen den beiden NATO-Ländern und der Gefährdung der Einheit der NATO zum Ausdruck gebracht, und die Lösung der Fragen der Bündnispartner durch gegenseitige Verhandlungen empfohlen. (...)

Die türkischen und amerikanischen diplomatischen Regierungssprecher teilten mit, daß die USA ihre Bemühungen um die Wiederaufnahme des Dialoges zwischen der Türkei und Griechenland während des NATO-Gipfeltreffens in Bonn im kommenden Juli intensivieren werden. Auf diesem Treffen wird Präsident Reagan persönlich teilnehmen.

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Bis zum 30.3.82 wurden 127 Todesstrafen verhängt. 14 Hinrichtungen durch den Strang seit dem 12.9.1980 (davon 11 Linke und 3 Rechte)

Am 17. März wurde der rechtsgerichtete Fikri Arikan hingerichtet. Er wurde wegen Mordes an zwei Polizeibeamten zum Tode verurteilt. (tid)

b) TODESSTRAFEN

Alle am 15.3.82, alles Linke, alle in Izmir:

A. Ögeyik, F. Isik, S. Saritas, I. Yalcin, M.G. Özüocak

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

3.3.82	16 Linke	in Ankara
3.3.82	3 Linke	in Adana
9.3.82	5 Rechte	in Erzurum
12.3.82	8 Linke	in Erzurum
19.3.82	23 Linke	in Amasya
26.3.82	3 Linke	in Ankara
30.3.82	9 Linke	in Izmir

Vom 12.9.80 bis zum 15.3.82 wurden insgesamt 3.820 Anträge auf Todesstrafe gestellt.
(davon 491 gegen Rechte)

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 3.3.82

Fünf Jahre Haft für DEV-SOL-Mitglied

Gürsel Öngör wurde vor der 3. Kammer des Kriegsgerichtes in Istanbul wegen Mitgliedschaft in der ungesetzlichen Organisation Dev-Sol zu 5 Jahren, 6 Monaten und 20 Tagen Haft verurteilt. Man hatte bei ihm Flugblätter in großer Zahl und eine Vervielfältigungsmaschine gefunden.

Cumhuriyet vom 3.3.82

Verbot der Zeitschrift 'Arayis' auf unbefristete Dauer

Die Zeitschrift 'Arayis' wurde durch die Kriegsrechtskommandantur in Ankara auf unbefristete Dauer verboten. Die Zeitschrift war seit einem Jahr in der Türkei erschienen.

Hürriyet vom 5.3.82

Im DISK-Verfahren wurde das Verlesen der Anklageschrift beendet

Am 17. Tag der Verhandlung gegen die Gewerkschaftskonföderation DISK und gegen 52 Funktionäre wurde gestern die Verlesung der Anklageschrift beendet. Nachdem lange Zeit keine Anwälte an der Verhandlung teilgenommen hatten, befanden sich gestern 17 Anwälte im Saal, unter ihnen der ehemalige Innenminister Hasan Fehmi Günes under der ehemalige Vorsitzende der sozialistischen Revolutions-Partei, Mehmet Ali Aybar. Im letzten Absatz der Anklageschrift hieß es, daß die Ge-

werkschaft versucht hat, die gesellschaftliche Ordnung durch ihre Führung mit Waffengewalt zu stürzen und deshalb für die 52 Funktionäre die Todesstrafe gefordert werde. Die Anwälte gaben ihre Vollmachten ab. Die Anträge auf Übergabe der Exemplare der Anklageschriften von den Anwälten an die Mandanten, auf Befangenheit des Gerichts und Entlassung der Angeklagten wurde abgelehnt. Der Prozeß wurde auf den 14. April vertagt.

Tercüman vom 7.3.82
Gegen 13 Gewerkschafter wurde wegen Forderung nach 'kommunistischer Herrschaft' ein Prozeß eröffnet
Gegen 13 Funktionäre der Gewerkschaft der Metall-, Maschinen-, Montagearbeiter und Arbeitern der metallverarbeitenden Industrie (Tüm-Maden Is) wurde in Istanbul der Prozeß eröffnet. Ihnen wird vorgeworfen, die marxistisch-leninistische Ideologie verbreitet zu haben und für eine kommunistische Herrschaft gearbeitet zu haben. Dadurch haben sie die Gewerkschaft aus einer Berufsorganisation herausgeführt und zu einer illegalen Organisation entwickelt. Hierfür wird ein Strafmaß von 15 - 20 Jahren gefordert.

Cumhuriyet vom 12.3.82
Chefredakteur verurteilt
Wgen eines Antrages Artikels in der Märzausgabe 1980 wurde der Chefredakteur Erhan Tuskan zu 7 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt, weil er über Publikationen Kommunismuspropaganda betrieben hat.

Cumhuriyet vom 12.3.82
Im TIKP-Prozeß wurden 4 Angeklagte freigelassen
Im TIKP-Prozeß vor der 2. Kammer des Kriegsgerichtes wurden 4 Angeklagte freigelassen, während das Entlassungsgesuch für 5 weitere Beschuldigte abgelehnt wurde.

Cumhuriyet vom 16.3.82
Prozeß mit 428 Angeklagten von DEV-SOL begann in Istanbul
Der Prozeß gegen 428 Angeklagte von Dev-Sol begann gestern in Istanbul. Für 146 von ihnen wird die Todesstrafe gefordert. Da der Transport der Gefangenen von den Gefängnissen Metris, Darutpasa, Hasdal, Sagmalcilar und Sultanahmet sich verzögerte, begann der Prozeß erst gegen 10.40 Uhr. 300 Zuhörer fanden Platz. Die Angeklagten verweigerten die Angaben der Personalien, weil sie in den letzten drei Monaten nicht mit Verwandten und Anwälten hatten sprechen können.

Hürriyet vom 5.3.82
Zerrin Özer trat als Zeuge im Prozeß gegen Tarik Akan auf
Im Prozeß gegen den Schauspieler Tarik Akan, der wegen staatsfeindlicher Propaganda im Ausland zu 6 - 8 Jahren Haft verurteilt werden soll, wurde die Sängerin Zerrin Özer als Zeugin vernommen. In dem Prozeß sagte der Verteidiger Burhan Apaydin, daß die Schreiber der Anzeige falsche Namen und Anschriften benutzt haben und fügte eine entsprechende Bescheinigung des Konsulates zu den Akten. Zerrin Özer sagte, daß sie keine negativen Worte des Künstlers über die Türkei gehört habe. Die Anwälte betonten, daß nun genügend Zeugen gehört worden seien und forderten eine Anzeige gegen den Zeitungsreporter, Chefredakteur, die Polizisten und gegen den militärischen Staatsanwalt. Das Gericht verwies auf die Möglichkeit der Anzeige nach Beendigung des Prozesses und beschloß, daß Kemal Utku als Zeuge vernommen wird. Dazu wurde der Prozeß vertagt.

Cumhuriyet vom 8.3.82
Prozeß gegen TÜS-DER
Heute beginnt vor der 1. Kammer des Kriegsgerichtes in Ankara der Prozeß gegen 12 Mitglieder des Vereines für die im Gesundheitswesen beschäftigten Angestellten, Tüs-Der. Sie sollen gegen das Vereinsgesetz verstoßen haben.

Tercüman vom 10.3.82
Die Funktionäre von Bank-Is wurden zu insgesamt 171 Jahren Haft verurteilt
22 Funktionäre der Gewerkschaft für die Arbeiter in Banken, Büros und Versicherungen wurden jetzt wegen Veränderung der gegründeten Gewerkschaften in eine illegale Organisation zu insgesamt 171 Jahren Haft verurteilt. Außerdem beschloß die erste Kammer des Kriegsgerichtes in Istanbul die Schließung der Gewerkschaft Bank-Is.

Cumhuriyet vom 10.3.82
Im Verfahren gegen TIKKO verließen 17 Anwälte den Saal
Nachdem im Verfahren gegen die Organisation TKP/ML-TIKKO, das vor der 2. Kammer des Kriegsgerichtes läuft, der Anwalt Ali Riza Dizdar mit der Begründung, er habe das Gericht beleidigt, aus dem Saal gewiesen worden war, verließen die übrigen 17 Anwälte aus Protest den Saal. Daraufhin beschloß die Kammer, die Anwälte bei der Militärstaatsanwaltschaft anzuzeigen. Außerdem wurden 7 Angeklagte, die sich dem Protest der Anwälte angeschlossen hatten, für einen weiteren Verhandlungstag vom Prozeß ausgeschlossen.

Cumhuriyet vom 10.3.82
Strafen für DEV-YOL Mitglieder
Vor der 3. Kammer des Kriegsgerichtes in Istanbul wurden Celebi Gül, Nejat Özkan, Murat Özcan und Awni Sahin zu je 9 Jahren Zuchthaus verurteilt, da sie Mitglieder der ungesetzlichen Organisation Dev-Yol sind und in der Zeit zwischen 1979 und 1980 in dem Gebiet von Tekirdag/Cerkezköy Parolen an die Wände gemalt hatten. Außerdem wurde ihnen der Besitz von Kugeln und Sprengstoff zur Last gelegt.

Cumhuriyet vom 11.3.82
Kabakli und Ilter wurden zu 2,5 Monaten Haft verurteilt
Der Journalist Ahmet Kabakli und der Chefredakteur der Zeitung 'Tercüman', Aydogdu Ilter, wurden zu je 2,5 Monaten Haft verurteilt, da sie in einem Artikel die Dudengesellschaft beleidigt hatten. Am Ende des Prozesses wurde ihre Haftstrafe in eine Geldstrafe umgewandelt.

Tercüman vom 11.3.82
Im MHP-Prozeß wurden 10 Angeklagte freigelassen
Der Prozeß gegen die MHP und Idealistenvereinigungen ging mit der Befragung der Angeklagten aus dem Gebiet Ankara weiter. Das Gericht befaßte sich mit den Entlassungsgesuchen von 32 Angeklagten, die am 23. Februar gestellt worden waren. Während Türkes und 5 Parteifunktionäre weiter in Haft bleiben müssen, entließ das Gericht 10 der Angeklagten.

Cumhuriyet vom 11.3.82
Ermittlungsverfahren gegen die CHP und ihre Leiter
Die Kriegsrechtskommandantur in Ankara lehnte einen Antrag vom ehemaligen Ministerpräsidenten

und Vorsitzenden der aufgelösten republikanischen Volkspartei CHP, Bülent Ecevit, mit der Begründung ab, daß gegen die CHP und ihre führenden Persönlichkeiten ein Ermittlungsverfahren bei der Kriegsrechtskommandantur in Ankara eröffnet worden sei. Wie es hieß, soll das Verfahren vor einer Woche eingeleitetworden sein, so daß Ecevit nun nicht zu einer Vortragsreise in die USA gehen kann, zu der er von der Weikforest Universität eingeladen worden war.

Tercüman vom 23.3.82
Gegen Ecevit wurde ein neues Verfahren eingeleitet
Die Militärstaatsanwaltschaft in Ankara eröffnete ein neues Verfahren gegen den ehemaligen Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei, Bülent Ecevit.
Die Befragung Ecevits wurde gestern eingeleitet.
Ecevit wird wegen seiner mündlichen Erklärung am 15. Juli letzten Jahres gegenüber einem holländischen Fernsehreporteur beschuldigt.

Tercüman vom 18.3.82
Mitglied des Friedensvereines Yilmaz wurde auch verhaftet
Der ehemalige CHP-Abgeordnete der Provinz Mardin, Nurettin Yilmaz, wurde gestern im 2. Militärgericht in Istanbul verhaftet. Gegen ihn wurde bereits während der Befragungen gegen den Friedensverein in Abwesenheit ein Haftbefehl erlassen. Mit der Verhaftung von Yilmaz stieg die Zahl der verhafteten Leiter des Friedensvereines auf 24 an. Zur Zeit befinden sich 20 Angeklagte auf der Flucht. Es wurde weiterhin mitgeteilt, daß der alte CHP-Abgeordnete Yilmaz wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt angeklagt und am 23.3.82 in Diyarbakir freigesprochen wurde.

Tercüman vom 18.3.82
Militärstaatsanwalt: 'Die DEV-YOL-Mitglieder hatten durch einen Volkskrieg die Errichtung eines kommunistischen Regimes vor'
Der Prozeß gegen die THKPC - Mitglieder (Dev-Yol), die mit dem Ziel, die Verfassung durch einen bewaffneten Volksaufstand zu stürzen und eine marxistisch-leninistische proletarische Diktatur zu errichten, in Istanbul verschiedene Aktionen durchgeführt hatten, wurdne mit der Verlesung der Anklageschrift fortgesetzt.
Im 1. Militärgericht, das sich im Militärgefängnis Metris in Istanbul befindet, wurde die Anklageschrift ab der 84. Seite weitergelesen, wibei die verschiedenen Aktionen der Militanten beschrieben wurden.
Der Militärstaatsanwalt sagte, daß es durch die Anklageschrift ganz klar wurde, daß die Dev-Yol durch einen Volkskrieg ein kommunistisches Regime errichten wollte, und ihre Militanten für dieses Ziel bewußt und freiwillig Aktionen durchgeführt hatten.
Bei dem Dev-Yol Prozeß wird für 30 von insgesamt 159 Angeklagten die Todesstrafe gefordert.

Hürriyet vom 13.3.82
Im MHP-Prozeß von Izmir wurden 6 Angeklagte entlassen
Der Prozeß gegen die MHP und Idealistenvereinigungen ging weiter. Im Verfahren wegen der Vorfälle in Izmir, das zuvor vom Hauptverfahren abgetrennt worden war, wurde die Entlassung von 6 Angeklagten angeordnet.

Cumhuriyet vom 14.3.82
Für Ahmet Isvan werden 6 - 16 Jahre Haft gefordert
Der seit 17 Monate im Militärgefängnis Davutpasa inhaftierte ehemalige Bürgermeister von Istanbul, Ahmet Isvan, wird jetzt zusammen mit den Funktionären von DISK angeklagt. Ihm wird vorgeworfen, zusammen mit der Gewerkschaftskonföderation gehandelt zu haben. Nach dem Gesetz mit der Nummer 6136 und dem § 146/3 des türkischen Strafgesetzes werden 6–16 Jahre Haft für ihn gefordert.

e) FESTNAHMEN

Vom 1.3.82 bis zum 30.3.82 wurden nach Meldungen in der türkischen Presse bei mindestens 20 Operationen insgesamt 956 Personen festgenommen.

Hürriyet vom 8.3.82
Der rote Anwalt wurde festgenommen
Der Gründer und Auslandsverantwortliche einer der wichtigsten Organisationen im Untergrund, „THKP-C Eylem Birligi'' (Aktionseinheit), der 'rote Anwalt' Ihsan Dogan wurde in Ankara festgenommen und inhaftiert.
Ihsan Dogan war einmal vor drei Jahren festgenommen aber wieder freigelassen worden. Zusammen mit Ihsan Dogan wurden 26 weitere Personen festgenommen. Weiter wurde mitgeteilt, daß in dem letzten Monat bei einer Reihe von Operationen Mitglieder von 8 verschiedenen Organisationen festgenommen wurden. Die 196 Verhafteten sollen 14 Morde zu verantworten haben. Die Festgenommenen sind u.a. aus den Organisationen TIKB, SGB, DKB und KURTULUS.

Hürriyet vom 12.3.82
4 Terroristen nach Auseinandersetzung festgenommen
Wie es in einer Erklärung des Öffentlichkeitsbüros der Kriegsrechtskommandantur in Elazig heißt, wurden bei einer Reihe von Operationen im Gebiet von Malatya-Akcadag 4 Terroristen nach bewaffneten Auseinandersetzungen lebend festgenommen. Im Zusammenhang mit der Festnahme stand auch die Verhaftung von 6 Personen, die den Terroristen Unterschlupf gewährt haben.

Tercüman vom 26.3.82
In Adana wurden 306 Militante gefaßt
Die Kriegsrechtskommandantur in Adana gab bekannt, daß seit dem 1. Februar dieses Jahres 306 Militante (Angehörige verschiedener linker Organisationen) zusammen mit ihren Waffen gefaßt wurden. Die Operationen gehen weiter.

f) TOT AUFGEFUNDENE

3.3.82 S. Erdurak in Izmir
Der Arbeiter wurde tot in seiner Wohnung aufgefunden.

g!) ERSCHOSSENE

6.3.82 Celal Sahin in Istanbul

h) FOLTER

cumhuriyet vom 2.3.82
Der TKP-Prozeß nach den Protokollen

Im Prozeß von Ankara gegen die TKP übergaben vorgestern 43 Anwälte einen gemeinsamen Antrag, daß die polizeilichen Aussagen aus den Akten entfernt werden sollen, da sie unter Druck und Folter entstanden seien. Der Antrag enthält auch entsprechende Beschlüsse anderer Gerichte. Unter anderem wurde auf eine Entscheidung des Revisionsgerichtes vom 23.6.81 mit der Nummer 2832/1979 verwiesen. Hierin heißt es:

"Sowohl die Aussagen vor dem Staatsanwalt als auch die Aussagen vor dem Richter oder solche Aussagen, die von anderer Seite her aufgenommen werden, müssen freiwillig gemacht werden."

Der Antrag enthält weitere Zitate aus Entscheidungen des Revisionsgerichtes u.a. vom 14.5.80 sowie ein Urteil des Strafgerichtes in Adana, das in der Zeitschrift der Anwaltskammer Istanbul auf der Seite 80 der Broschüre vom Jan./Feb./März 80 abgedruckt ist.

Cumhuriyet vom 4.3.82
Ein neuer Folterprozeß

Der Prozeß gegen die vermutlichen Folterer von der TDKP-Angehörigen Meral Bekar, Hauptkommissar Selim Sahin und Polizist Neset Isildak, begann vor der 2.Kammer des Kriegsgerichtes in Ankara. Der Angeklagte Polizist Isildak sagte, daß er sich nicht mehr erinnere, wer die Befragung der Verdächtigen am 8.11.80 gemacht habe. Demgegenüber führte der Zeuge Özden Mizrak aus, daß er Meral splitternackt an den Armen aufgehängt und über eine Art Bad oder Toilette festgezurrt gesehen habe. Der Prozeß wurde auf ein späteres Datum vertagt.

Cumhuriyet vom 13.3.82
Der Istanbuler Dev-Yol Prozeß begann

Im Prozeßsaal des Militärgefängnisses von Metris begann der Prozeß gegen 159 Angehörige von Dev-Yol, von denen in 30 Fällen die Todesstrafe gefordert wird. Die Aufnahme der Personalien dauerte bis 12.oo Uhr. Danach wurden die Verteidiger durch das Gericht bestimmt und mit der Befragung der Angeklagten begonnen. Sedat Kesim sagte dabei:

"Ich bin auf dem Kommisariat 79 Tage lang festgehalten und gefoltert worden. Damit die Folterer bestraft werden, hatte ich einen Antrag mitgebracht. Aber beim Eintritt in den Saal wurden uns die Anträge abgenommen. Falls sie an das Gericht weitergegeben wurden, möchte ich, daß die notwendigen Schritte eingeleitet werden."

Alle Angeklagten, die sich später zu Wort meldeten, äußerten sich in der gleichen Weise und beschwerten sich darüber, daß während der Gefangenschaft weder mit ihren Anwälten noch mit ihren Verwandten reden durften. Die Verteidiger wiederum sagten, daß sie die Vernehmungsprotokolle bei der Polizei und bei der Staatsanwaltschaft nicht zu Gesicht bekommen hätten. Sie beantragten, daß die Entsprechenden Akten den Angeklagten zur Einsicht vorgelegt werden. Das Gericht stimmte diesem Antrag zu und unterbrach die Sitzung um 12.45



Das belgische Fernsehen brachte in einem Programm die Befragung der Angeklagten, Meral Bekar vor dem Militärgericht. Dabei beschrieb Fr.Meral die Folterungen, den sie auf der Polizeidirektion unterzogen wurde. (bild)

Cumhuriyet vom 13.3.82

Befragungen im TKP-Prozeß von Ankara begannen

Im Prozeß gegen 215 Angeklagte von der TKP wurde mit der Befragung der Angeklagten begonnen. Nachdem die Angeklagte Fethiye Cetin trotz Verwarnung des Gerichts nicht aufhörte, über Folter zu reden, wurde sie von den Soldaten wieder auf ihren Platz gebracht. Cetin hatte auch die Entfernung des Gefängnispersonals aus dem Saal gefordert. Das Gericht lehnte ferner einen Antrag der Verteidiger auf Entfernung der Verhöre während der Ermittlung ab. In der Begründung führten sie aus, daß das Gericht alle zur Verfügung stehenden Beweismittel unabhängig und neutral bewerten werde und es daher nicht zu vertreten sei, daß man die Aussagen bei der Polizei oder der Staatsanwaltschaft aus den Akten entferne oder nicht verlese.

Nachmittags wurde die Angeklagte Serhun Özbali vernommen. Sie lehnte die Aussagen bei der Polizei und vor dem Staatsanwalt als unwahr ab und sagte:

"Auch ich möchte mich über die Gefängnisleitung beschweren, wie es die anderen weiblichen Gefangenen getan haben. Damit ich akzeptiere, daß ich die Person bin, die die Verbindung zwischen der Organisation TKP in Ankara und Kirikkale von mir hergestellt wurde, hat man Druck auf mich ausgeübt. Auf der Polizeidirektion habe ich Folterungen wie Salz in den Mund pressen, aufhängen u.a. erfahren."

IMPRESSUM

Türkei Infodienst
V.i.S.d.P. S. Akhan

Ebertplatz 12 5000 KÖLN 1